

N i e d e r s c h r i f t

über die 36. (867.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am Donnerstag, den 09. Mai 2019, 20.00 Uhr, im Sitzungszimmer des Rathauses

Es sind erschienen:

Stv. Bürgermeister Jan Martin Janssen, Stv. Vors.
Stv. Bürgermeister Gert Kämper
Ratsherr Ron Piekarski
Ratsherr Kim Streitbürger
Ratsherr Sigurd Uecker
Ratsherr Jochen Voß

Es fehlt entschuldigt:

Ratsvorsitzender Rainer Adelmund
Ratsherr Ingo Börgmann
Ratsherr Robin Kuper
Ratsherr Olaf Sommer

Bürgermeister Uwe Garrels
Allgemeiner Vertreter Ralf Heimes
Protokollführerin Katja Heimes

Als Gast:

Kämmerin Cornelia Baller
Abteilungsleiter Marc Sjuts

Zu Punkt 1 und 2: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Stv. Bürgermeister Janssen eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.
Er teilt mit, dass er heute in Vertretung des Ratsvorsitzenden Adelmund die Sitzungsleitung übernehmen werde.

Zu Punkt 3: Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Keine.

Zu Punkt 4: Genehmigung der Niederschrift über die 35. (866.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 04.04.2019

Die Niederschrift über die 35. (866.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 04.04.2019 wurde allen Ratsmitgliedern zugeleitet.

Die Niederschrift über die 35. (866.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 04.04.2019 wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 5: Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Keine.

Zu Punkt 6: Einwohnerfragestunde zu den Beratungsgegenständen

Christopher Zörner

Herr Zörner verweist auf die Tagesordnungspunkte 9 und 21 und möchte wissen, worin sich die Punkte zum Mietwohnungsbau unterscheiden. Die Vorlagen seien nicht öffentlich, daher erschließe sich ihm im Thema kein Unterschied.

Bürgermeister Garrels antwortet, dass es sich in der Vorlage zu Punkt 9 um mögliche Grundstücke für den Mietwohnungsbau handle. In Punkt 21 beantrage Stv. Bürgermeister Kämper die Erschließung des ehemaligen Internatsgeländes zur Errichtung von Mietwohnungsbau. Die Vorlagen seien nicht miteinander verbunden.

Stv. Bürgermeister Kämper ergänzt die Ausführungen, dass seit letzter Woche verlässliche Zahlen zu den Kosten für die Erschließung des Internatsgeländes vorliegen würden. Dies habe zum Umdenken geführt. Es könne nur ein Grundstück favorisiert werden. Es werde auf dem Grundstück des ehemaligen Internatsgeländes das genossenschaftliche Wohnen und unabhängiges Mietwohnen favorisiert, da mehr Gelder nicht vorhanden seien.

Zu Punkt 7: Satzung über die Gestaltung baulicher und sonstiger Anlagen sowie die Gestaltung von Werbeanlagen und Freiflächen hier: Abwägungsvorschläge zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Absatz 3 und § 4 Absatz 2 BauGB sowie Satzungsbeschluss gemäß § 10 Absatz 1 BauGB (s. Vorlage Nr. VO19-087)

Bürgermeister Garrels berichtet, dass die neue Satzung schon länger diskutiert wurde. Die Baugestaltungssatzung sollte alle paar Jahre angepasst werden, da sich Bauweisen, die Art des Lebens sowie Bautechniken über die Jahre ändern. Zudem sei die neue Satzung einheitlich. Vorher sei Langeoog in der Satzung in drei Gebiete aufgeteilt gewesen.

Der Rat beschließt einstimmig

- die zur Satzung über die Gestaltung baulicher und sonstiger Anlagen sowie die Gestaltung von Werbeanlagen und Freiflächen vorgelegten Abwägungsvorschläge
- die Satzung über die Gestaltung baulicher und sonstiger Anlagen sowie die Gestaltung von Werbeanlagen und Freiflächen gemäß § 10 Absatz 1 BauGB als Satzung mit der Begründung.

Zu Punkt 8: Antrag KLP Ferienwohnungen GbR – Darmstädter Straße 3, 10707 Berlin Antrag auf Änderung des für das Objekt „Um Süd 1“ gültigen Bebauungsplan H (s. Vorlage Nr. VO19-088)

Der Rat beschließt einstimmig den Antrag auf Bebauungsplanänderung der KLP Ferienwohnungen GbR abzulehnen.

**Zu Punkt 9: Grundstücke Mietwohnungsbau
(s. Vorlage Nr. VO19-092)**

Stv. Bürgermeister Kämper teilt mit, dass die Zahlen für die Erschließung des Internatsgeländes vorliegen. Hieraus habe man eine Prioritätenliste entwickelt, wonach sich der Beschlussvorschlag aus dem Bauausschuss geändert habe.

Bürgermeister Garrels erläutert, dass einige der für den Mietwohnungsbau in Erwägung gezogenen Grundstücke dem Land gehören. Die Grundstücke müssten bewertet und erschlossen werden. Für einige Flächen bestehe zudem noch kein Bebauungsplan. Der Mietwohnungsbau sollte auf dem ehemaligen Internatsgelände vorangetrieben werden. Für die übrigen Grundstücke sollte aber die Möglichkeit der Entwicklung beibehalten bleiben.

Stv. Bürgermeister Kämper fügt hinzu, dass man zudem versuche die angebotenen Grundstücke des Landes auf Erbpacht zu sichern.

Bürgermeister Garrels teilt mit, dass ihm eine Rückmeldung des Landkreises vorliege. Es bestehen zu keiner Fläche Bedenken. Die Flächen seien in die Bebauung eingebettet. Es könnten aber Biotopflächen vorhanden sein, die ausgeglichen werden müssten. Die Flächen würden nach Naturschutzgesetz beurteilt.

Der Rat beschließt einstimmig

1. den arbeitgeberunabhängigen und bezahlbaren Mietwohnungsbau auf dem Gelände des ehemaligen Stabsgebäudes vorrangig zu entwickeln.
2. für die landeseigenen Grundstücke sollte die Verwaltung eine Reihenfolge der möglichen Einbeziehung in die zukünftige Bauleitplanung erstellen. Dabei sollten besonders geschützte Flächen nachrangig hinter Flächen stehen, die ökologisch weniger wertvoll sind.

**Zu Punkt 10: Wirtschaftsplan der Schifffahrt der Inselgemeinde Langeoog
(s. Vorlage Nr. VO19-100)**

Bürgermeister Garrels erläutert, dass in diesem und im nächsten Jahr hohe Ausgaben für die neuen Containerbrücken eingeplant seien. Die Investitionen seien dringend notwendig. Er erläutert die Anpassung der Brückenhöhen in Bensorsiel und weitere Investitionen der Schifffahrt.

Der Rat beschließt einstimmig die Genehmigung des Wirtschaftsplanes der Schifffahrt für das Rechnungsjahr 2019 und stellt fest:

Es betragen

1. im Erfolgsplan	die Einnahmen	11.245.000,00 €
	die Ausgaben	11.184.000,00 €
	der Jahresgewinn	61.000,00 €
2. im Vermögensplan	die Einnahmen	2.680.000,00 €
	die Ausgaben	2.680.000,00 €

Es werden festgesetzt

1. der Gesamtbetrag der Kredite auf	0,00 €
2. der Höchstbetrag des Kassenkredites auf	1.800.000,00 €

Zu Punkt 11: Wirtschaftsplan des Tourismus-Service Langeoog
(s. Vorlage Nr. VO19-101)

Bürgermeister Garrels äußert, dass jedem die geänderte Situation gegenüber 2018 klar sein müsse. Wichtig sei, dass für die Investitionen des Tourismus-Service ein Wirtschaftsplan im Haushalt aufgestellt werde. Ein Ausgleich sei auch unter den jetzigen Bedingungen möglich.

Der Rat beschließt mit 5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Stimmenthaltung die Genehmigung des Wirtschaftsplanes des Tourismus-Service Langeoog für das Rechnungsjahr 2019 und stellt fest:

Es betragen

1) im Erfolgsplan	die Einnahmen	6.185.000,00 €
	die Ausgaben	7.053.000,00 €
	der Jahresverlust	868.000,00 €
2) im Vermögensplan	die Einnahmen	3.155.000,00 €
	die Ausgaben	3.155.000,00 €

Es werden festgesetzt

1. der Gesamtbetrag der Kredite auf	1.500.000,00 €
2. der Höchstbetrag des Kassenkredites auf	900.000,00 €

Zu Punkt 12: Haushaltsplan und Haushaltssatzung der Inselgemeinde Langeoog für das Haushaltsjahr 2019 und Investitionsprogramm
(s. Vorlage Nr. VO18-230 2. Erg.)

Kämmerin Baller erläutert, dass aufgrund der Erschließungskosten für das ehemalige Internatsgelände die Zahlen im Haushaltsplan angepasst wurden. Alle geplanten Erschließungsmaßnahmen wurden auf einen Betrag zur Erschließung des Internatsgeländes zusammengeführt. Außerdem habe sie die Verpflichtungsermächtigungen für 2019 erhöhen müssen. Die Aufnahme der Darlehen für 2019 konnte auf 2,65 Mio. Euro reduziert werden. Die Gesamtaufnahme im Finanzplanzeitraum bleibe allerdings gleich.

Der Rat beschließt einstimmig die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan der Inselgemeinde Langeoog für das Haushaltsjahr 2019.

Der Haushaltsplan schließt im Ergebnishaushalt in den Erträgen mit 11.094.500,00 Euro und in den Aufwendungen mit 11.070.100,00 Euro ab. Die außerordentlichen Erträge betragen 359.800,00 Euro. Außerordentliche Aufwendungen werden nicht festgesetzt. Im Finanzhaushalt werden die Einzahlungen auf 14.448.200,00 Euro und die Auszahlungen auf 14.416.700,00 Euro festgesetzt. Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden in Höhe von 2.650.000,00 Euro veranschlagt. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 1.700.000,00 Euro festgesetzt. Verpflichtungsermächtigungen werden in Höhe von 1.380.000,00 Euro veranschlagt. Die Hebesätze für die Grundsteuer A und B werden jeweils auf 420 v. H. und der Hebesatz der Gewerbesteuer auf 400 v. H. festgesetzt. Der Betrag, ab dem Wirtschaftlichkeitsberechnungen für Investitionen schriftlich zu dokumentieren sind, wird auf 100.000,00 Euro festgesetzt. Das Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2017 bis 2022 wird beschlossen.

Zu Punkt 13: Jahresabschlüsse 2017 der Eigenbetriebe TSL und Schifffahrt der Inselgemeinde Langeoog
(s. Vorlage Nr. VO18-234)

Bürgermeister Garrels erläutert die Prüfung der Jahresabschlüsse durch ein Wirtschaftsunternehmen.

Der Rat beschließt mit 6 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme

1. den Jahresabschluss und den Lagebericht des Tourismus-Service Langeoog festzustellen und den Jahresfehlbetrag auf neue Rechnungen vorzutragen.
2. den Jahresabschluss und den Lagebericht der Schifffahrt der Inselgemeinde Langeoog festzustellen und den Jahresfehlbetrag auf neue Rechnung vorzutragen.
3. der Betriebsleitung Entlastung zu erteilen.

Zu Punkt 14: Feststellung der Jahresrechnung 2014 und Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2014
(s. Vorlage Nr. VO18-222)

Kämmerin Baller erläutert die Umstellung des Rechnungswesens von der Kameralistik auf die Doppik im Jahr 2012. Es habe für die Kommune zunächst eine Eröffnungsbilanz erstellt werden müssen, erst danach sei es möglich gewesen die Jahresabschlüsse zu erstellen. Das Rechnungsprüfungsamt habe den Jahresabschluss 2014 geprüft. Es habe keine Beanstandungen gegeben. Inzwischen sei auch der Jahresabschluss für 2015 geprüft, der für 2016 eingereicht und der für 2017 in Bearbeitung. Im Landkreis sei die Inselgemeinde mit dem Stand der Bearbeitung an zweiter Stelle.

Ratsherr Voß erklärt, er werde sich bei der Abstimmung enthalten. Zu dem Zeitpunkt sei er noch nicht Mitglied des Rates gewesen.

Ratsherr Piekarski wird sich aus dem gleichen Grund enthalten.

Der Rat beschließt mit 4 Ja-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen

1. den Jahresabschluss der Inselgemeinde Langeoog für das Haushaltsjahr 2014 gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG,
2. das Saldo aus dem ordentlichen Jahresergebnis und dem außerordentlichen Jahresergebnis in Höhe von 931.353,25 € (364.625,50 € Jahresüberschuss im ordentlichen Jahresergebnis und 566.727,75 € Jahresüberschuss im außerordentlichen Jahresergebnis) wird gemäß § 110 Abs. 6 NKomVG mit dem kameraleen Sollfehlbetrag verrechnet.
3. dem Bürgermeister wird gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG für die die Führung der Haushaltswirtschaft im Haushaltsjahr 2014 Entlastung erteilt.

Zu Punkt 15: Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 117 NKomVK für die Haushaltsjahre 2015 und 2016
(s. Vorlage Nr. VO18-223)

Kämmerin Baller erläutert den Sachverhalt. Im Rahmen der Jahresabschlussprüfungen durch das Rechnungsprüfungsamt mussten Umbuchungen vorgenommen werden, die zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben geführt hätten. Diese müsse der Rat beschließen.

Der Rat beschließt mit 6 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung

1. den nachträglichen festgestellten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2015 von 27.920,69 € sowie den über- und außerplanmäßigen Auszahlungen in Höhe von 28.002,27 € gemäß § 177 NKomVG zuzustimmen.
2. den nachträglich festgestellten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2016 in Höhe von 52.509,42 € sowie den über- und außerplanmäßigen Auszahlungen in Höhe von 54.863,14. € gemäß § 117 NKomVG zuzustimmen.

**Zu Punkt 16: Über- und außerplanmäßige Aufwendungen für die Zuführung zu Rückstellungen gem. § 117 NKomVG für die Haushaltsjahre 2015 – 2017
(s. Vorlage Nr. VO18-224)**

Kämmerin Baller erklärt, dass gem § 117 NKomVG Rückstellungen für spätere Ausgaben zu bilden seien. Sie berichtet über die angefallenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen. Für diese sei ein Ratsbeschluss notwendig.

Der Rat beschließt mit 6 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen für die Zuführung zu Rückstellungen gemäß der anliegenden Aufstellung gemäß § 117 NKomVG für die Haushaltsjahre 2015 bis einschließlich 2017 zuzustimmen.

**Zu Punkt 17: Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 117 NKomVG für das Haushaltsjahr 2017
(s. Vorlage Nr. VO18-225)**

Kämmerin Baller erläutert den Sachverhalt. Die Haushaltsansätze seien geringer als die wirklichen Ausgaben. Die Mehrausgaben seien z. B. durch erhöhten Bedarf an Stellenausschreibungen sowie den Kauf einer E-Karren-Batterie entstanden und seien vom Rat zu beschließen. Die Gesamtdeckung im Haushalt sei aber gegeben. Der Haushalt der Gemeinde werde durch die Kommunalaufsicht sehr genau analysiert.

Der Rat beschließt einstimmig den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2017 in Höhe von 60.405,38 € sowie den über- und außerplanmäßigen Auszahlungen in Höhe von 224.834,58 €, zusammengestellt in Anlage 1, gemäß § 117 NKomVG zuzustimmen.

Die unerheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß Anlage 2 werden zur Kenntnis genommen.

**Zu Punkt 18: Antrag Bündnis 90/Die Grünen für eine Sanierung oder einen Neubau der Turnhalle
(s. Vorlage Nr. VO 19-102)**

Allgemeiner Vertreter Heimes verweist auf die im Finanz- und Wirtschaftsausschuss vorgestellten Varianten. Es erfolge jetzt eine Teilsanierung. Hierbei würden die sanitären Anlagen und, soweit noch finanzierbar, die Nordwand der Turnhalle erneuert. Für die Umsetzung sei ein regionales Planungsbüro beauftragt worden. Man warte auf die Mitteilung der Kosten um zu entscheiden, was über die Fördermittel abgearbeitet werden könne.

Der Rat nimmt den Sachstand zu den möglichen Fördermitteln und den Kostenschätzungen für eine Sanierung oder einen Neubau der Turnhalle zur Kenntnis.

**Zu Punkt 19: Vereinbarung zwischen dem Landkreis Wittmund und den kreisangehörigen Gemeinden über die Wahrnehmung von Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe
(s. Vorlage Nr. VO19-117)**

Bürgermeister Garrels erläutert den Sachverhalt. Der Landkreis sei örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Er sei zuständig für die erforderliche Infrastruktur der Jugendarbeit und Kindertagesstätten. In der Regel würden sich die Einrichtungen aber in der Gemeinde befinden und auch von dieser geführt. Der Landkreis sei auch finanziell zuständig. Bisher habe die Gemeinde eine feste Quote je Kitaplatz erhalten. Im letzten Jahr habe dieser Pauschalsatz aber nur 1/3 der Kosten abgedeckt. Zukünftig erhalte die Inselgemeinde 2/3 des Aufwandes erstattet. Zusätzlich wird der Landkreis max. € 10.000,00 je Platz der Investitionskosten sowie Aus- und Umbaumaßnahmen mit max. € 5.000,00 je Platz übernehmen. Diese Verbesserung erfolge jedoch nur unter der Bedingung, dass das Abrechnungsmodul für die Kitas aller Kommunen vereinheitlicht werde und bei Entscheidungen mit erheblichen finanziellen Auswirkungen für den Landkreis, dieser vorab zustimmen müsse. Die Kreisumlage bleibe unverändert. Bürgermeister Garrels berichtet über die veränderten Anforderungen an Kindertagesstätten. Üblich sei inzwischen eine Ganztagsbetreuung. Die Kommune habe die Pflicht für diese Möglichkeit zu sorgen. Zudem gäbe es unterschiedliche Dienstleister, wo Betreuungszeiten auch an Wochenenden erforderlich seien. Eigentlich müsse die Kita sieben Tage die Woche und für länger geöffnet sein. Die Gemeinde werde zukünftig Zeiten an den Wochenenden und in den Ferien anbieten müssen.

Ratsherr Piekarski verweist auf den Arbeitskreis bezüglich der ganzheitlichen Betreuung und bittet zukünftig den Rat über Termine der Zusammenkunft zu informieren.

Bürgermeister Garrels verweist auf die Bekanntgabe im Rundschreiben und auf der Homepage der Inselgemeinde.

Der Rat beschließt einstimmig dem Entwurf der Vereinbarung zwischen dem Landkreis Wittmund und den kreisangehörigen Gemeinden über die Wahrnehmung der Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe wie vorgelegt zuzustimmen.

**Zu Punkt 20: Erbbaurechtsvertrag Wohnungsgenossenschaft „Uns Oog“ eG, Eckdaten und Entwurf
(s. Vorlage Nr. VO19-118)**

Bürgermeister Garrels erläutert den Sachverhalt. Das Grundstück habe eine Größe von 4.218 qm könne im Wege des Erbbaurechts vergeben werden. Das Grundstück wurde mit einem Wert von € 200,00 /qm bewertet. Der Erbbauzins betrage 2 % und werde über 99 Jahre berechnet. Eine Anpassung müsse erfolgen, wenn sich der Verbraucherpreisindex ändere. Die Genossenschaft benötige diesen Vertrag zur Anerkennung als Genossenschaft.

Der Rat beschließt einstimmig dem Entwurf des Erbbauvertrages mit der Wohnungsgenossenschaft „Uns Oog eG i.Gr.“ und den darin aufgeführten Eckdaten zuzustimmen. Der endgültige Vertragstext ist dem Gemeinderat nach Fertigstellung erneut zur Zustimmung vorzulegen.

Zu Punkt 21: Antrag Gert Kämper auf Erschließung Stabsgeländes einschließlich Planung Mietwohnungsbau
(s. Vorlage Nr. VO19-119)

Stv. Bürgermeister Kämper erläutert seinen Antrag. Man sei jetzt nicht mehr in der vorläufigen Haushaltsführung und habe die Kosten für die Erschließung des Stabsgeländes vorliegen. Bauherr der geplanten Mietwohnungen sollte die Gemeinde sein. Auch sollten die Gebäude im Eigentum der Gemeinde verbleiben. Vorgesehen sei die Bebauung westlich der Genossenschaft. Insgesamt sollen ca. 1.250 qm Wohnfläche entstehen. Das Haus mit Räumlichkeiten für eine Arztpraxis sei auf dem Grundstück nördlich geplant.

Der Rat beschließt einstimmig den Antrag Gert Kämper zur Erschließung des ehemaligen Internatsgeländes, zur Errichtung zweier Miethäuser für arbeitgeberunabhängiges Wohnen und eines Mietwohnhauses mit Arztpraxis zur weiteren Beratung an den Bauausschuss zu verweisen.

Zu Punkt 22: Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

- a) Bürgermeister Garrels verweist auf die Europawahl am 26.05.2019 und fordert dazu auf vom Wahlrecht Gebrauch zu machen. Europa sei ein Kontinent des Friedens und bewältige gemeinsam Probleme. Zudem fließe aus den europäischen Fördertöpfen sehr viel Geld, wovon auch Langeoog profitiere. Es müsse Aufgabe sein einen Kandidaten zu wählen, der Europa weiter zusammenzuführe.
- b) Bürgermeister Garrels berichtet über einen Antrag der Partei Bündnis 90/Die Grünen zur Ausrufung des Klimanotstandes auf der Insel Langeoog. Bei Beschlussfassungen seien Klimagesichtspunkte bei allen künftigen Beschlüssen zu beachten. Der Antrag soll an den Nachhaltigkeits-, Umwelt- und Landschaftsausschuss weiter gegeben werden.

Zu Punkt 23: Anträge und Anfragen

1. Ratsherr Piekarski stellt den Antrag zur Durchsetzung und Prüfung einer Pfandpflicht für Getränkeverpackungen und Flaschen. Es sollten alle Getränke „togo-Getränke“ bepfandet werden.
2. Ratsherr Piekarski fragt nach den angeforderten Zahlen für den Betrieb des Flugplatzes.

Bürgermeister Garrels antwortet, dass die Zahlen im nächsten Betriebsausschuss vorgelegt werden sollen.

Zu Punkt 24: Einwohnerfragestunde

Sabine Klette

Frau Klette verweist auf die Seniorenwohnanlage. Sie fragt, ob bekannt sei, dass sich im 2. Geschoss der Kunststoffputz löse. Sie befürchte Schäden in der Bausubstanz.

Bürgermeister Garrels teilt mit, dass die Situation bekannt sei und man sich darum kümmere. Er hoffe auf eine Sanierung im Herbst. Die Bausubstanz sei aber nicht gefährdet. Problem sei das Lavamaterial auf den Laufwegen, das das Wasser nicht abführe.

Heiko Barenthin

Herr Barenthin fragt nach der Straßenbaumaßnahme im Vormann-Otten-Weg. Er verweist auf ein Loch im Grund und möchte wissen, ob dies über den Baustopp im Sommer so verbleibe. Zudem liegen vom Hotel „Insulaner“ bis zum Haus Hacki Otten keine Steine. Im Zuge der Straßenerneuerung bittet er zudem den Möwenweg zu berücksichtigen. Die Straße sei in sehr schlechtem Zustand.

Abteilungsleiter Sjuts erklärt, dass die Baufirma bis zum Baustopp die Arbeiten nicht fertigstellen werde. Die Arbeiten werden vor dem Hotel „de Insulaner“ enden. Die Löcher und die Straße würden aber zum Baustopp hergerichtet. Den Möwenweg werde man sich ansehen.

Adda Fischer

Frau Fischer verweist auf den Vorstellungsabend des Bürgermeisterkandidaten Matthias Fischer. Herr Fischer habe darin vorgetragen, dass bei einer Zusammenlegung der Eigenbetriebe die Gemeinde € 300.000,00 Steuern sparen könne.

Bürgermeister Garrels antwortet, dass er die Aussage kenne, diese so aber nicht richtig sei.

Adda Fischer

Frau Fischer verweist erneut auf den früheren Dünenüberweg beim Hotel „Sandburg“. Sie sehe nicht, dass auf dem Gelände wieder ein öffentlicher Weg vorgesehen sei.

Stv. Bürgermeister Janssen antwortet, dass ein Ratsbeschluss bestehe. Der Weg werde wieder hergestellt.

Bürgermeister Garrels fügt hinzu, dass die Anpflanzungen zunächst dazu dienen, damit der Dünsand nicht auswehe.

Christopher Zörner

Herr Zörner verweist auf den Antrag von Herrn Kämper. Es würden 25 – 30 Wohnungen entstehen. Er fragt, wieviel Platz für weiteren Mietwohnungsbau auf der Fläche verbleibe.

Bürgermeister Garrels antwortet, dass die südlichen Flächen noch nicht beplant seien. Es verbleiben ca. 4.000 – 5.000 qm Fläche.

Herr Zörner möchte wissen, wieviel Wohnfläche das ausmache.

Bürgermeister Garrels teilt mit, dass etwa 2.400 bis 3.200 qm Wohnfläche verbleiben.

Stv. Bürgermeister Kämper ergänzt die Antwort, dass die Flächen ausschließlich für den Mietwohnungsbau vorgesehen seien.

Andreas Moselage

Herr Moselage bittet das Fahrradverbot verstärkt durchzusetzen und zu überwachen. Seines Erachtens halten sich nur 50 % an das Verbot.

Bürgermeister Garrels verweist auf das gering besetzte Ordnungsamt. Eine ständige Kontrolle über das Ordnungsamt und die Polizei könne nicht erfolgen. Er selber habe aber einen guten Eindruck der Einhaltung und sehe eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Vorjahr.

Zu Punkt 25: Schließung der Sitzung

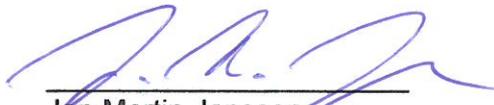
Ende: 21.15 Uhr



Uwe Garrels
Bürgermeister



Katja Heimes
Protokollführerin



Jan Martin Janssen
Stv. Bürgermeister, Stv. Vorsitzender